

Danziger Zeitung

Nr 14609.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethersbaggasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspalt über deren Raum 20 g. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1884

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 5. Mai. Eine angelich Peterburger Nachricht des „Eas“, Fürst Bismarck habe den Prinzen Reuß beauftragt, das Wiener Cabinet darauf aufmerksam zu machen, daß die allzu große Begünstigung des polnischen Elements in Oesterreich eine Gefahr für Deutschland und Rußland bilde, was sich auch auf die Zusammenfassung des osteuropäischen Ministeriums beziehe, wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ als aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dementirt, daß in Warschau oder Berlin eine Zusammenkunft der drei Kaiser oder der von Rußland und Deutschland beabsichtigt sei. Auch die zur Zeit der Anwesenheit des Zaren in Kopenhagen auftauchenden Gerüchte von der Reise desselben nach Deutschland hätten jeder Begründung entbehrt. Das Blatt sagt: „Es liegen auch heute keine Anzeichen vor, wonach es in der Absicht des Kaisers von Rußland liegen sollte, unseren Monarchen auf preussischem Boden anzukommen, nachdem der deutsche Kaiser letzter Besuch in Rußland durch die Zusammenkunft in Danzig erwidert worden ist.“

Zu der Meldung französischer Blätter, die Sendung des General Gallifet würde in Berliner militärischen Kreisen günstig aufgenommen, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“: General Gallifet nimmt in der französischen Armee seit vielen Jahren eine hervorragende Stellung ein; er hat sich während des letzten Krieges ausgezeichnet und erweist sich als wohlverdienter Ruf eines vornehmen Mannes und ebenso umsichtigen wie tapferen Soldaten. Unter diesen Umständen unterliegt es keinem Zweifel, daß er bei unseren Offizieren eine sympathische und kameradschaftliche Aufnahme finden, daß man seine interessante Persönlichkeit auch in diplomatischen Kreisen gern begrüßen würde. Wir haben deshalb keinen Grund, die Wichtigkeit der von französischen Zeitungen gebrachten Mittheilung in Frage zu stellen.

Nach der „Kreuzzeitung“ dürfte der Staatsrath bald in Function treten. Die Ressortminister seien aufgefordert, Vorschläge hinsichtlich der Ernennung von Mitgliedern zu machen, die sehr zahlreich werden würden. Der Staatsrath würde sich zunächst mit Finanz- und Steuerfragen beschäftigen.

Ein nationalliberaler Führer aus Hannover schreibt der „National-Zeitung“, wenn man die Stellung der Nationalliberalen in Hannover beurtheilen wolle, dürfe man sie nicht nach dem „Hann. Courier“ beurtheilen. Dr. v. Bennigsen habe keinerlei Beziehungen zu demselben. Ein Gegenstand zwischen Dr. v. Bennigsen und Miquel sei nicht wegzulassen. So lange für die Mitwirkung eines Mannes wie Bennigsen kein Raum sei, scheine es doch recht bedenklich, mit Miquel einen Sprung in die Arme der Regierungspolitik zu thun.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des geheimen Oberpostraths Sate zum Director im Reichspostamt.

Nach der „Voss. Ztg.“ haben bis jetzt Verhandlungen über die Abfertigung der deutschen Valuta zu einer internationalen zu machen, nur im Kreise von Vertretern einiger Hamburger Banken statt-

3 Aus Berlin.

Al unser öffentliches Leben wird doch immer mehr von politischen Ereignissen, Erwägungen und Stellungnahmen mitbestimmt. Können wir uns nicht harmlos des Rates freuen, das gegeben, was er programmatisch auf die Tagesordnung stellt? Alles muß ja die werdende Weltstadt haben und erobern, Corsofahrten mit Blumenwerfen, Musik und Schaulustigkeits Tölpelchen, welche der Römer im Carneval. Nizza in seinen Blumen-schlachten unter leuchtendem Himmel unternimmt, übersehen wir ebenso wie die Wiener und die Besucher des Pariser Longchamps in den vielbedeutenden Mai; den Segelfahrt auf den jeegleichen Spiegeln unserer trägen Flugläufe entleihen wir den Engländern, die Kletter der ganzen civilisirten Welt. Das geht alles gut und glatt trotz allen Einbrüchen der Witterung. Nur was wir für uns allein besitzen, was einzig ist oder sein könnte in Berlin, das will nicht recht glücken. Da baut uns das gesamte deutsche Reich einen Palast für seine Vertreter, der vorwiegend ein Denkmal unserer zeitgemäßen Bauweise werden dürfte, wie Deutschland kaum ein zweites besitzt. Alles ist fertig, freilich der Plan da, schon übersteht man Dimensionen, Lage, die günstigen Bedingungen, welche die in großen Verhältnissen disponirte Umgebung dem stolzen Bau gewähren muß, es kann aber aus verschiedenen Gründen nicht zu der feierlichen Grundsteinlegung kommen.

Der greise Kaiser hat seit Jahren in jedem Frühling von den Unbilden der wechselnden Witterung zu leiden gehabt, in diesem, wie es scheint, mehr als sonst. Nichts steht daher fest in den Anordnungen für die nächste Zukunft. Die Fahrt nach Wiesbaden wird heute hinausgeschoben, morgen aufgegeben, die Theilnahme des hohen Herrn an den militärischen Schaulustigkeiten einmal in Aussicht gestellt, dann auf kleinere Akte von kurzer Zeitdauer eingeschränkt, seine Ausfahrten müssen auf Rath der Aerzte unterbleiben, sobald der Zustand des Körpers oder des Wetters dieselben bedenklich macht. Unsere Bevölkerung, die gewohnt ist, ihren ersten Bürger täglich zu sehen, wenn er in seiner Festung weilt, wird durch solche Dispositionen natürlich noch mehr bewegt, als die des

gesunden. Der Reichsbankpräsident v. Dechend wird morgen nach Hamburg reisen, um dort Verhandlungen zu pflegen. Bestimmte Vorschläge auch über Gründung von Colonialbanken liegen noch nicht vor.

Dem Vernehmen nach wird der Kaiser nächsten Donnerstag seine Reise nach Wiesbaden antreten. Die Kaiserin beabsichtigt, Donnerstag früh nach Baden-Baden abzureisen.

Nach der „Kreuzzeitung“ waren die Abgg. v. Benda, Dahl und Dethlefsen zu Herrn v. Bennigsen nach Hannover gereist. Derselbe sagte, er sei zum 8. Mai unablöslich, für den 18. Mai soll er angekündigt haben, letzteres auch Miquel, falls er von seinem Lungenkatarth genesen sei.

Professor v. Boguslawski, Sectionsvorstand im hydrographischen Amt, Redacteur der „Nachrichten für Seefahrer“ und „Annalen der Hydrographie“ ist gestern gestorben.

Der Großherzog von Hessen hat sich am 30. April mit Frau Alexandrine von Kalemene in morganatischer Ehe verbunden. Dieselbe ist am 18. November 1853 als Tochter des russischen Kammerherrn Grafen von Dutton-Gapaki geboren; sie heirathete sich im Jahre 1873 mit dem kaiserlichen russischen Vizekonsul von Kalemene, welcher der russischen Gesandtschaft in Darmstadt angetraut gewesen ist und dieselbe auch eine Zeit lang als Ministerresident geleitet hat. Die Lösung dieser Ehe ist erst vor einigen Monaten erfolgt.

Darmstadt, 5. Mai. Die Königin von England empfing heute den Grafen Lehdorff, welcher ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Wilhelm überbrachte, welches dessen Bedauern ausdrückt, daß sein Besuch unmöglich gewesen ist. Die Königin, ihre Tochter Beatrice, der Großherzog und die Prinzessin Elisabeth reisen morgen ab. Letztere will vor ihrer Vermählung nach England besuchen.

Stuttgart, 5. Mai. Zweite Kammer. Gelegenheit einer Discussion über die Lage der Landwirtschaft wurde eine Erhöhung der Getreidezölle verlangt. Staatsminister Sölder erwiderte, die Frage liege bereits den zuständigen Reichsorganen vor.

London, 5. Mai. Eine Meldung aus Moskau besagt: Aus Korosko sind schon 2000 Flüchtlinge angekommen. Tagelöhner treffen hier, die Räumung erfolgt unter Leitung des Obersten Duncan von der ägyptischen Armee in guter Ordnung. Diejenigen, welche Quartier vor dessen Umzingelung durch das Heer des Mahdi verlieren, treffen demnach in Kegypten ein.

Tanger, 5. Mai. Der französische Gesandte hat in Folge der von dem Sultan abgelehnten Abfertigung des Gouverneurs wegen den diplomatischen Verkehr mit Marokko abgebrochen und die auf der Gesandtschaft aufgelegte Flagge heute Vormittag eingezogen.

(Fortsetzung der Telegramme auf der dritten Seite.)

Zur französischen Militär-Gesetzgebung.

Von unserem militärischen Mitarbeiter.
Die französische Armee scheint zu keiner inneren Ruhe, zu keiner Befestigung des Ausbaus ihrer Organisation gelangen zu sollen; ein fast ununterbrochener Prinzipienwechsel und eine förmliche Hast im Umdenken und Verändern der Einrichtungen, welche vor wenig Jahren erst geschaffen, bis heute noch gar nicht eine überzeugende Probe ihres

ganzen Landes. Großen Schwankungen ist nun auch die Feststellung des Zeitpunkts zur Feier der Grundsteinlegung ausgesetzt. Da eben kommen nun noch politische Bedenken in Frage. Der Kaiser soll diese Feier nur vollziehen wollen, umgeben von den Vertretern seines Reiches und auch, wie man sagt, nur dann, wenn er in deren großer Majorität diejenige Gesinnung findet, die der Monarch durch verschiedene persönliche Rundgebungen als die für das Gedeihen des Reiches allein erspriessliche bezeichnet hat. Unwohlsein, Reisepläne und andere Gründe hatten bisher den Tag der Grundsteinlegung auf unbestimmte hinausgeschoben. Nun kommt dazu noch die bevorstehende Abstimmung über das Socialistengesetz. Ehe diese nicht eine definitive Entscheidung gebracht, wird man den Zeitpunkt jener Feier voraussichtlich nicht festsetzen, so erklären sich auch die diesbezüglichen Bemerkungen einiger Zeitungen.

Der ganze Apparat für die Grundsteinlegung ist bereits gerüstet und zwar unter Mitwirkung des Oberbürgermeisters v. Jordanbed. Die Decoration des Platzes und der Zugangsstraßen, Anlage von Tribünen und Pavillons, Masten, Embleme, alles mit Ausnahme der grünen Gewinde ist längst bereitet, immer aber würde doch noch die Arbeit mehrerer Tage erforderlich sein, um das Geplante auszuführen! Deshalb sind alle diejenigen Nachrichten unzuverlässig, die den Termin für allernächste Tage in Aussicht stellen. Da der Kaiser auf Wiesbaden verzichtet, wird man ja für alle Eventualitäten Mache haben, selbst für diejenigen, die Grundsteinlegung zum Reichsparlament unter Theilnahme eines neugewählten Reichstages zu vollziehen. In dem Grundstein sind bereits die Münzen des Reichs niedergelegt, alle Werthe, alle Sorten, alle Prägungen von dem rothen württembergischen Pfennig bis zu der banjatischen Doppelkronen. Kein künstlicher betraachtet dürfen die Leistungen unserer Prägeanstalten einst den Nachkommen nicht gar zu sehr imponiren. Deswegen wird doch glücklicher Weise andere Leistungen zeitgenössischer Arbeit, die wir mit Stolz der Nachwelt aufweisen können.

Dazu gehört immer in allererster Linie die großartige Entwicklung des kaiserlichen Berlin, besonders diejenige, die von der Verwaltung der Communen selbst ausgeht. Da giebt es keine

Werthes oder Unwerthes haben erbringen können, dies ist die Signatur des heutigen Betriebes im Heerwesen Frankreichs.

Diese Erscheinungen sind aber ganz natürliche, denn dieselben müßten hervorgehen aus der ganzen überhaften und zerstückelten Art der Militär-Gesetzgebung in Frankreich, wie sich dieselbe seit dem Jahre 1872 entwickelt hat und wie dieselbe auch heute noch fortgesetzt wird. Der Grundfehler der gesammten Reorganisation des französischen Heerwesens liegt in dem überhaften Beginne derselben, ohne vorher einen das Ganze umfassenden Plan festgestellt zu haben; zu diesem Grundfehler gesellte sich die Unklarheit der Prinzipienanschauung, welche hervorgebracht wurde durch den steten Wechsel in der Person des Kriegsministers. Dieser Personalwechsel hat in einem republikanischen Staatswesen noch eine ganz andere und viel schwerere wiegende Bedeutung als in einem monarchisch-constitutionellen Staatswesen. Hier liegt in dem Monarchen als Kriegsherrn an höchster Stelle das unerrückbar stielige Moment, dessen Vorhandensein ein wesentlicher Grundpfeiler jedes Heerwesens ist, ein Wechsel in der Person des Ministers berührt die großen Organisations- und Verwaltungsprinzipien des Heerwesens eines solchen Staats wenig oder gar nicht; dort aber ist der Kriegsminister zum Theil mit Functionen betraut, welche aus der Reichthümer des Kriegsberaters stammen. Kommt nun noch, wie dies thatsächlich in Frankreich der Fall ist, hinzu, daß diejenigen Institutionen, welche dem Heerwesen an oberster Stelle eine gewisse Stetigkeit geben sollten, nämlich der oberste Kriegsrath und die Landesvertheidigungs-Commission, vollständig bei Seite geschoben werden, so ist natürlich, daß der aus inneren politischen Gründen sich wiederholende Ministerwechsel dem Reorganisationswerk wenig förderlich ist und dem Heerwesen schadet.

Das Gefühl dieser Schädigung tritt in der französischen Armee seit einiger Zeit immer deutlicher hervor und kommt am schärfsten zum Ausdruck bei den im praktischen Truppendienst stehenden Offizieren; von dort aus ertönen immer härter förmliche Noth- und Hilferufe nach Ruhe, Ruhe und wiederum Ruhe, um sich in die neuen Reglements und Instructionen, welche auf taktischen und organisatorischen Gebieten sich immer noch überflügen, einzurichten und dadurch sich jenes Gefühl der unbedingten Sicherheit in der Berufs-Ausübung erwerben zu können, welche bei keiner Staatsinstitution nothwendiger ist, als beim Heerwesen.

Als Gegensatz zu diesem Ruhebedürfnis, dessen Berechtigung ungewissheit feststeht, tritt das Streben nach dem Uebermaß des Kriegsmaterials auf, welches, soll man in den militärischen Fachkreise überall auftretenden Stimmen vollen Glauben schenken, einen gefährlich hohen Grad erreicht hat, doppelt gefährlich darum, weil die Grundlagen und Ziele desselben auf politischen, und was noch viel schlimmer ist, auf materiellem Gebiete liegen.

In den Directionen der verschiedenen Waffen und Verwaltungszweige leiten die Geschäfte Offiziere und Beamte — so lagen die Stimmen in der Fachpresse —, welche nur danach streben, durch Eingehen auf die Ideen irgend eines einflussreichen Politikers sich Vortheile zu verschaffen. Nicht die Bedürfnisse der Armee werden aus dieser heraus erforcht und denselben dann Rechnung getragen, sondern die steten Veränderungen an dem Bestehenden werden lediglich gemacht zu Gefallen einzelner Politiker, welche sich dann ihrerseits durch Verschaffung außerordentlicher Avancements oder durch die Herbeiführung der Erfüllung anderer persönlicher Wünsche der Offiziere in den Directionen revanchiren; das

Bauen, kein Ruhen, immer neue, immer großartige Entwürfe werden vorbereitet, deren Ausführung begonnen. Seit wenigen Jahren erst hat Berlin den Schmuck monumentaler Brücken erhalten, den ältere Städte wie Dresden, Prag, Paris seit vielen Jahrhunderten besitzen. Die Marienbrücke und die Janowbrücke sind vollendet und eine monumentale Fierde der Stadt geworden. Nun stellt sich aber ein fataler Uebelstand heraus. Klappen und Durchlässe müßten bei allen neuen Brückenanlagen im Interesse des Verkehrs vermieden, alle so hoch emporgebaut werden, daß selbst bei höchsten Wasserstände Elb-, Spree- und Oderflüsse unter ihnen passiren können. Dadurch wird nun aber der Fuhrbetrieb fast noch ärger geschädigt. Alle Frachtwagen müssen Vorspann nehmen, andere schwere Fuhrwerke ihre Säule zu fast unmöglichen Anstrengungen peitschen, um den Hochspat dieser neuen Brücken zu übersteigen. Ein ähnlicher Uebelstand ist ja schon bei der Kurfürstenbrücke, eine der ältesten, vorhanden, doch wird diese nur selten von Lasten passiert.

Um derartige Störungen definitiv zu beseitigen, ist eine großartige Niveau-Regulirung, resp. Canalisirung des Spreebettes geplant und bereits in der Ausführung begonnen. Vieles greift da in einander. Die Verbreiterung, d. h. theilweise Niederlegung des Mühlendamms im Interesse des Wagen- und Pferdeverkehrs steht bevor. Dann will man die Mühlen, die Schleusenwerke und alle sonstigen Hindernisse der Schifffahrt in diesem Arme der Spree beseitigen, zugleich mit den anderweitigen umfassenden Canalisirungen das Niveau aller Flußläufe durch die Stadt soweit niedriger legen, daß selbst bei hohem Wasserstande der Schifffahrt durch die älteren Brücken ohne Klappen und Durchlässe, die den Straßenverkehr stören, nicht gehindert wird, und zugleich würde der jetzt nur vom Lagern von Rähnen dienende Spreearm vom Mühlendamm bis abwärts in den Hauptstrom als kurze und bequeme Wasserstraße benutzt werden können. An diese mehr lokalen Projecte schließen sich dann in weiterer Ferne jene bereits besprochenen, welche die Kaiserstadt mittelst kurzer Canalabern mit den nahen meisenburgischen und pommerischen Hafenplätzen verbinden sollen. Der Verkehr ist hier so sehr ins tiefe gewachsen,

Wohl der Armee ist ein Schacherobject zwischen Parlament und Directionen geworden.

Wir sehen diesen Dingen, welche sich flüchtig im engen Gebiete der Personalien bewegen, viel zu fern, um die Wichtigkeit solcher schwerfälligen Anschuldigungen prüfen zu können; aber daß solche Anschuldigungen und Vorwürfe öffentlich überhaupt erhoben werden können, läßt zum mindesten den hohen Grad von Beunruhigung erkennen, welcher im französischen Heere erzeugt worden ist durch die Art und Weise der militärischen Gesetzgebung seit 12 Jahren.

Einsichtige französische Militärs lassen sich nicht blenden durch die enormen Zahlen der personellen Streitkräfte, welche die Organisation des Heeres aufweist; sie fühlen, daß diese Zahlen sich um dasselbe entwerthen, um welches die Zunahme der inneren Befestigung der neuen Organisationen verhindert wird durch immer wieder stattfindende Veränderungen derselben.

Aus diesem Grunde wächst aus dem Inneren der Armee heraus zunehmend der Widerstand gegen das, was in den parlamentarischen Ferien ruhende Rekrutierungsgezet; und geschäftl. bemächtigen sich dieses Kampfbodens nicht nur die sachlichen, sondern vor Allen auch die politischen Gegner des Gesetzes, welche jeder Verfürzung der Dienstzeit, also der Schaffung eines wirklichen Volksheeres mit consequenter Durchführung der Prinzipien der allgemeinen Wehrpflicht, sich entgegenstellen, um dem Aufrechterhaltung langer Dienstzeit, deren gleichmäßige Erfüllung durch alle Wehrpflichtigen eine national-ökonomische Unmöglichkeit ist, zurückzuführen auf die Schaffung eines Berufsheeres hin. Sie nutzen das in der Armee thatsächlich vorhandene Ruhebedürfnis für ihre Zwecke aus, erlangen direct einen vorläufigen Stillstand in der Gesetzgebung, denn sie sehen mit dem Rekrutierungsgezet noch nicht den Abbruch der Reorganisation; sie weisen darauf hin, daß das Rekrutierungsgezet nothwendig eine Novelle zum Cadregezet nach sich ziehen müsse. Und darin haben sie Recht.

Der große Prinzipalfehler der ganzen Reorganisation, die Einbringung einzelner Organisationsgezet, ist auch hier wieder begangen worden. Die geplante Umdänderung des Modus der Rekrutierung und der Dienstpflicht ist gar nicht durchzuführen ohne sofortige Aenderung des Cadregezet, des Gesetzes über die Unteroffiziere und der Reengagements; sie steht ferner im directen Zusammenhang mit der Reorganisation der Marine- und Colonialtruppen. Bleibt nun die Armee-Commission der Deputirtenkammer — denn diese ist ja wunderbarer und doch wieder erklärlicher Weise die eigentliche Initiator-Instanz für die ganze bisherige Militär-Gesetzgebung gewesen — bei ihren bisherigen Gesinnungen, dann kommt freilich die Armee nicht zur gewünschten Ruhe und aus der Gesetzgebungs-Maschine quetscht sich mühsam Jahr für Jahr eine Novelle heraus, anstatt das nach längerer, aber geschlossener durchgeführter Arbeit ein brauchbares Ganzes fertiggestellt und der Armee zur ruhigen, systematischen Ausführung übergeben wird.

Der Kriegsminister scheint aber ganz neuerdings seinen Gegnern ihr werthvolles Kampfmittel aus der Hand winden zu wollen, indem er die parlamentarischen Ferien benutzt zur Vorbereitung für die Einbringung einer Novelle zum Cadre-Gezet.

Am 23. April erst hat er eine Verfügung an den Chef des Generalstabs und an die Directionen seines Ministeriums erlassen, in welcher er von denselben die Einreichung einer Begutachtung und eventuell motivirter Umdänderungsvorschläge für

das es Bedürfnis geworden, ihm immer neue Wege zu eröffnen. Und da die Statistik nachgewiesen, daß schon jetzt ungleich mehr zu Wasser als auf sämtlichen Bahnen hierher verfrachtet wird, so ergibt sich das Interesse an solchen Canalbauten von selbst, welche die bisher nothwendigen Umwege zu vermeiden suchen. Unsere Communalverwaltung sucht auch diese weit umfassenden Pläne mit aller Energie zu fördern.

Derber hat die städtische Verwaltung im Innern von Berlin nur mit Hindernissen und Schwierigkeiten zu kämpfen, deren Bedeutung nicht in ihrer Macht liegt. Die königl. Polizei disponirt da mit gleicher, oft vielleicht noch größerer Autorität auf vielen wichtigen Gebieten. So z. B. dürfte es keine andere Großstadt von ähnlicher Bedeutung geben, deren Straßenverkehr so arg unter der Anzahl von Fracht-, Last- und Arbeitswagen leidet, wie der unsrige. Sonst überall, in Paris wie in London, in Wien wie in Petersburg weist die Auffichtsbehörde derartige Fahrzeugbewegungen bestimmte Straßengänge oder auf bestimmte Seiten. In Berlin sehen wir von den ungeheuren Rollwagen und der schweren Röhren- bis zu dem Wagen der Milchhändler und Schlächter gerade die asphaltirten Hauptstraßen, die kaum mehr den Personenverkehr zu bewältigen vermögen, mit diesen Fuhrern angefüllt. Die Polizei hat bisher noch nichts gethan, um das Fuhrwesen derart zu regeln, daß hierdurch nicht Circulationshemmnisse entstehen. Das wäre, wenn die Verwaltung sich in einer Hand befände, schon aus rein ökonomischen Gründen wünschenswerth. Durch derartige Rollwagen wird der Zugunselbst der Straße, Asphalt- oder Polypfade, in sehr kurzer Zeit räumt, während es doch dem Rollenboden und Baarencolli kaum Nervenschütterungen bereiten dürfte, wenn sie über das Steinpflaster rasselten. Interessant ist es übrigens, daß noch fortwährend Petitionen für und gegen den Asphalt beim Magistrat eingehen. Alle Hausbesitzer, die großen Fuhrankalten, Omnibusgesellschaften, Polizei dringen lebhaft auf weitere Asphaltirung, Privats dagegen, die durch Sturz von Pferden oft Schaden erleiden, protestiren, besonders wenn einmal ganz leichter Regen oder dünner Schnee die Asphaltbahn schlüpfrig gemacht hat; starker Regen schadet weniger. Die Stadt geht aber weder vor-

Jeden einzelnen Paragraphen des Cadre-Gesetzes vom 13. März 1875 bis zum 15. Mai verlangt; er befragt aber die Befragten keineswegs auf ein Antreten an das Vorhandene, sondern er fragt ausdrücklich: „Die Herren Directoren sind nicht gehalten, sich auf eine einfache Revision des Textes zu beschränken, vielmehr ist ihnen eine Erörterung der Organisations-Prinzipien freigestellt; sie sind ferner nicht befragt lediglich auf die ihr spezielles Ressort berührenden Fragen, sondern sie können sich ausbreiten über die allgemeinen Fragen. Mit einem Wort: das Feld ist ihnen freigegeben für Vorschläge jeder Art.“

Aus der kurzen Terminierung, welche 5 Tage vor dem Schluß des Parlaments liegt, erkennt man deutlich die Absicht des Ministers, die Vorbereitungen für die Einbringung einer Cadre-Gesetz-Novelle, möglicher Weise auch noch anderer Novellen beendet zu haben vor Wiederbeginn der Verhandlungen über das Rekrutierungsgesetz; man darf also die Einbringung dieser Novellen noch im Laufe dieses Monats als sicher voraussetzen.

Deutschland.

Δ Berlin, 5. Mai. Falls die Auflösung des Reichstages nicht vorgenommen wird, steht für die nächste Woche die Wiederaufnahme der Commissionen in großem Umfang in Aussicht. Man wird sich zunächst mit dem Pensionsgesetz beschäftigen. — Die Commission für das Actiengesetz kommt mit ihren Arbeiten schneller vorwärts, als man anfänglich dachte, dennoch ist wenig Aussicht vorhanden, das Gesetz noch in dieser, wenn auch um einige Monate verlängerten Session zum Abschluß zu bringen. — Angaben über beabsichtigte vereinzelte Reformen der deutschen Strafprozeß-Ordnung werden mit vollem Recht bezweifelt. Eine Gesamtrevision des Strafrechts und der Strafprozeß-Ordnung ist allerdings seit längerer Zeit im Plane, zumal nach Anregung von verschiedenen deutschen Bundesstaaten, indessen hat man diesen so gewichtigen Schritt doch noch weiteren Erfahrungen vorbehalten wollen, deren Mangel bis jetzt die Ausführung der Absichten unthunlich erscheinen ließ. Man wird kaum schon in nächster Zeit an die Frage herantreten und jedenfalls sehr umfangreiche Erhebungen über die Bedürfnisfrage vorhergehen lassen.

Δ Berlin, 4. Mai. Die Verhandlungen der Ausschüsse des Bundesraths über den Zollanschluß Bremens kann selbstverständlich erst beginnen, wenn die Vertreter Preußens, Baierns und Oldenburgs in der Lage sind, über das Ergebnis der am Montag anfangenden Besprechungen mit den bremischen Commisariats zu berichten. Die Angabe, daß der vom Reich zu leistende Zuschuß zu den Kosten des Zollanschlusses die Höhe von 15. Mill. Mk. nicht überschreiten werde, ist völlig nichtig. Thatsache ist nur, daß Bremen einen höheren Zuschuß nicht beansprucht. Ein Mehr wird ihm gewiß nicht aufgetragen werden. Wohl aber ist es fraglich, ob ein solcher Zuschuß gewährt wird, was davon abhängt, ob die Anlegung eines Freihafens bei der Stadt Bremen ausgedehnt wird. Ob die Verhandlungen einen so raschen Verlauf nehmen, daß, falls der Reichstag nicht aufgelöst wird, eine bezügliche Vorlage noch in dieser Session an den Reichstag gelangt, bleibt abzuwarten.

Δ Berlin, 5. Mai. Die Aussichten des Militärpensionsgesetzes gestalten sich immer eigenenthümlicher. Während die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in der letzten Sonntagsnummer nochmals mit beiden Vätern in das Horn starker Unnachgiebigkeit bläst, gestattete das letzte Grenzbotenheft eine Stimme aus Süddeutschland zum Wort, welche dringend zum Verzicht auf die Communalsteuerprivilegien der preussischen Offiziere rath. Ganz wunderbar nimmt es sich aus, wenn die „Norddeutsche“ der liberalen Partei den Vorwurf macht, sie wolle die Beamten in der Communalsteuerfrage besser behandeln als die Offiziere, weil die Beamten wählen dürften, die Offiziere nicht. Wie liegt die Sache denn in Wirklichkeit? Die Civilbeamten zahlen in Preußen von ihrem Dienstverdienst die halbe Communalsteuer, von ihrem Privateinkommen die ganze. Die Offiziere zahlen weder von dem Dienst-, noch von dem Privateinkommen einen Pfennig. Man mag die halbe Communalsteuerfreiheit der Beamtengehälter für ungerechtfertigt halten, aber viel gerechter ist sie denn doch noch als die volle Communalsteuerfreiheit des Dienst- und des Privateinkommens der Offiziere. Man muß daher wohl im gouvernementalen Lager arg in Verlegenheit um Vertheidigungsgründe sein, wenn die „Norddeutsche“ durch Raisonnements, wie das folgende, dem Pensionsgesetz zu nützen glaubt. „Es wäre doch — schreibt sie — vom Standpunkt der Fortschrittspartei aus nur consequent gewesen, wenn

wärts und hat neuerdings sogar neben allen Hauptverkehrsstraßen, Leipzigerstraße, Linden, Friedrichstraße, Parallellstraßen asphaltirt, nur um den durch jene Zugspflasterung enorm gestiegenen Fahrverehr wieder auf Seitenstraßen zurückzuführen.“

Berlin tritt mit jedem ersten Mai offiziell in seine Sommerjahre, diese unterscheidet sich hier aber wesentlich von derjenigen der anderen continentalen Hauptstädte, in denen dann Kunst und Kunstgenuss allmählich hinfert. Mit den Sommerfahrplänen der Eisenbahnen erscheinen hier aber gleichzeitig die Sommerpläne unserer Theater, von denen die meisten ein neues Leben beginnen. Zwei neue Opern sind bereits entstanden, eine dritte, in der Luisenstadt, wird auch wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen. In der Walhalla schmeitert der alte Wächter sein höfliches C. mit ungeduldiger Jugendfrische durch den Saal, singt seinen Chapeau noch immer unübertrefflich und bei Kroll erscheint ebenfalls ein ehemaliger Liebling unserer Hofoper, Mathilde Wallinger, in einer ihrer besten Partien. Leider aber hat ihre Frau Blut viel von dem Reiz der Stimme und ebenso den Zauber heiterer Jugendlichkeit eingebüßt, den weder Virtuosität noch überlebhaftes Spiel zu ersetzen vermögen. Beiden Opern wird es aber an Anziehungskraft nicht fehlen, denn sie verfügen den ganzen Sommer hindurch über berühmte Gäste aus den bedeutendsten deutschen Opernensembles, denen daran liegt, sich den Berlinern in ihren Paraderollen vorzustellen. Auch im Schauspiel bringt uns der Sommer alljährlich etwas Appartees. Meininger, Oberbairn oder Plattdeutsche wechseln da ab und jede dieser Spezialkomödien wird von den Berlinern vertheilt. So jetzt das bairische Volkschauspiel, welches im Wallnertheater Vorstellungen giebt und unterstützt von den Koryphäen der Bühne des Director Lang am Gärtnerplatz in München sein kleines, während einer Reihe von Jahren auf deutschen Bühnen umgeführtes Repertoire abspielt. Wenn aber dieser Spezialität nicht bald ein vielfach begabter, origineller Dichter ersieht, so muß sie dahinfallen, denn der Vorrath von Ideen, Conflicten, Handlungen, über welche die jetzigen Poeten dieser Bühne verfügen, ist knapp und längst verbraucht. Selbst Angengruben vermag nicht mehr, sich selbst zu ersetzen.

Wie auch im preussischen Landtage bei Gelegenheit der Beratung der Pensionsnovelle dieselben Bedingungen gestellt, also Heranziehung der preussischen Beamten zur vollen Communalsteuer verlangt hätte. Freilich, wenn selbst ein Mollke das Pensionsgesetz nicht besser vertheidigen kann, als er dies jüngst im Reichstage that, wer sollte es dann noch vertheidigen können. Mollke hat in seinem Leben gewiß noch nie eine so scharfe Kritik erfahren, als sie seinen neulichen Behauptungen jetzt in den hypergouvernementalen „Grenzboten“ zu Theil wird, indem diese schreiben:

„Die Gründe, welche für die Forderung der Regierung angeführt werden, sind im wesentlichen die, daß der Offizier seinen Wohnsitz nicht frei wählen könne, daß er vermöge gesetzlicher Vorschriften theilweise von den Rechten des Bürgers (Zulassung zu den Communalämtern u. dgl.) ausgeschlossen sei, daß er an den Vortheilen und Aufwendungen der Gemeinden nicht wie die übrigen Einwohner theilnehmen könne und daß die Communalsteuerfreiheit ein althergebrachtes, bei der knappen Besoldung wohlgegründetes Vorrecht der Offiziere sei. Nun treffen aber bei dem Civilbeamten, welcher mit seinem Dienst- und Privateinkommen zur Besteuerung herangezogen wird, die beiden ersten Gründe ebenso zu wie beim Offizier, denn von den Gemeindefürsorge kann er ebenso ausgeschlossen, und seinen Wohnsitz kann er, wenn er überhaupt vorwärts kommen will, so wenig frei wählen wie der Offizier, er muß vielmehr an den Ort ziehen, an welchem eine Stelle frei wird. Aber auch an den Vortheilen und Aufwendungen der Gemeinden (Schulen, sanitäre Einrichtungen u. s. w.) nimmt der Offizier in gleichem Maße Theil wie jeder andere Einwohner, und es wäre deshalb nicht unbillig, wenn er zur Tragung der betreffenden Kosten verhältnismäßig beitrage.“

Es unterliegt nun auch gar keinem Zweifel, daß im preussischen Offiziercorps diese „süddeutschen“ Anschauungen Anlang finden. Man ist natürlich dankbar für die zähe Vertheidigung, welche man von Seiten des Kriegsministers als von Seiten des Militärkabinetts auch dem geringsten Vorrecht der Offiziere zu Theil werden läßt, aber vertheilichen kann man sich der Einsicht nicht, daß eine allzu hartnäckige Vertheidigung verlorenen Boden ein taktischer Fehler ist, selbst wenn ein Mollke ihn begeht. Wir dürfen mit Recht auf die Haltung der Militärverwaltung bei der Entscheidung über das Pensionsgesetz gespannt sein.

Δ Berlin, 5. Mai. Der allgemeine national-liberale Parteitag findet also (vergl. das Telegramm in der gestrigen Abendnummer) erst am 18. Mai statt. Er ist plötzlich um 10 Tage verschoben worden unter der etwas überraschenden Motivierung, daß Miquel und Bennigsen nicht am 8. Mai erscheinen könnten; überraschend, denn Herr v. Bennigsen hat es ja bekanntlich schon vor längerer Zeit abgelehnt, an dem Parteitage überhaupt theilzunehmen. Es scheint diese hinauschiebung zum Theil darauf zu basiren, daß man mittlerweile eine Beilegung der jetzt offenkundig vorhandenen Differenzen über das Heideberger Programm zu erzielen hofft. Bemerkenswerth ist es, daß von den fünf Vorstandsmitgliedern, welche mit der Aufstellung einer Resolution für den Parteitag beauftragt worden sind, drei, d. h. Sobrecht, v. Benda und Bising, der norddeutschen Gruppe und nur zwei, Marquardsen und Lauenstein, zu den ausgesprochenen Freunden des Heideberger Programms gehören.

Die Stellung des Herrn v. Bennigsen betreffend wird nun allerdings von Hannover aus die Ansicht verbreitet, er sei einem Anschlusse an das Heideberger Programm geneigt. Dagegen spricht aber Vieles, namentlich Bennigsen's eigene Vergangenheit und seine noch in der letzten parlamentarischen Session, an welcher er theilnahm, abgegebenen Erklärungen über die Politik der Nationalliberalen. Jedenfalls muß seine Stellung auf dem am 11. Mai stattfindenden hannoverschen Parteitage bekannt werden. Denn an diesem theilzunehmen, hat er von vornherein zugekagt. (Jedenfalls wird nunmehr Herr v. Bennigsen an dem Parteitage in Berlin theilnehmen, wie uns auch in einem weiteren Telegramm bestätigt wurde.)

Frankfurt a. M., 4. Mai, Abends. Wie das „Frankf. Journal“ meldet, ist der Ober-Bürgermeister Miquel an einem Lungentumore erkrankt und werde voraussichtlich einige Zeit das Zimmer hüten müssen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Mai. Für die verstorbene Kaiserin Maria Anna ist durch kaiserliche Verordnung eine dreimonatliche Hoftrauer vom Tage des Leichenbegängnisses ab angeordnet.

Frankreich.

Paris, 5. Mai. Bei den gestern hier stattgehabten Municipalwahlen wurden 7 von der Rechten gewählt, darunter der Sohn Dufaure's, ferner 16 unabhängige Republikaner oder Opportunisten, darunter der Chirurg Despres, welcher

Unsere großen Bühnen halten jetzt Rekrutenmusterung in Schauspiel und Oper. Herrn v. Hülsen flattert einer großer Theil seiner singenden Jugend weg und dafür sucht er nach Ersatz. Lyrische und Buffo-Tenore, jugendlicher Sopran und Contralt passiren dort Revue, aber nur selten findet man unter allen ein großes Talent, ja kaum ein Können, das dem der Scheidenden gleichsteht. Der junge Kalisch, der in München spät seinen Tenor entdeckt hat, ist bereits engagirt worden, ohne in seiner Antrittspartie, George Brown, auch nur milden Ansprüchen zu genügen. Im Schauspiel geht es jetzt ähnlich her. Da kamen jugendliche Liebhaber, naive und sentimentale Mädchen, um bald wieder zu verschwinden. Die Zeit der starken Talente scheint vorüber zu sein, künstlerisches Mittelmaß, Routine, Virtuosität höchstens, sind allenfalls zu haben.

Deshalb sollte man sich freuen, daß das Deutsche Theater wenigstens Anstrengungen macht, um sein Ensemble mit jungen Kräften zu completeiren. Wäre es ihm nur gelungen, eine talentvolle tragische Liebhaberin zu gewinnen, so könnte man schon zufrieden sein. Die erste Saison seines Bestehens neigt sich ihrem Ende zu; überblicken wir deren Resultate, so werden wir mehr mit der spornenden Anregung, die diese Bühne ihren Nebenbuhlerinnen gegeben, zufrieden sein dürfen, als mit dem, was sie geboten. Der anfängliche Lauf zum Guten und künstlerisch Gelegenen ist zwar nicht ermattet, aber vielfach in falsche Bahnen gerathen, besonders was Aeußerlichkeiten betrifft. Man hat mit wunderbarer Rührungsvollen Incentiven begonnen, diese aber nach und nach zu einer Ueberladung und decorativen Prachtwirkung gesteuert, die den Rahmen werthvoller, interessanter, fesselnder gemacht, als den Inhalt. Gehen wir in die „Räuber“, lesen wir sämtliche Notizen über die Aufführung, so spricht man spaltenlang von dem Aufschluffe des Schloßbrandes, wenige Dutzend Zeilen von den Schauspielern, so fällt der größte und lebhafteste Applaus auf diesen Aufschluß. Das geht wider den Strich. Es wirkt ja gewaltig, wenn Flammen emporzuehen, Rauch das Gemach füllt, wenn die Räuber Fenster und Thüren erschrecken, wild hineinstürmen, mit Tränen ringen, diesen endlich verschleppen. Damit wäre

gegen die Ausschließung des geistlichen Elements von der Verwaltung der Hospitäler protestirt, und 24 Autonomisten oder Intransigenten. Außerdem sind 33 Stichwahlen erforderlich.

Rußland.

Warschau, 1. Mai. Eine für die Eisenbahnbeamten außerordentlich wichtige Verfügung ist in den letzten Tagen getroffen worden; dieselbe besteht darin, daß diejenigen Beamten, welche mit der Zeit auf ein Abancement hoffen und in höhere Stellen aufzurücken wünschen, gehalten sein werden, vor ihrer Beförderung ein Examen über die Kenntniß der russischen Sprache abzulegen, wozu allmonatlich vor einer zu diesem Zwecke in Warschau eingesetzten Examinations-Commission Gelegenheit sein wird. Die Beamten, welche ein solches Examen nicht absolviren, werden in ihren gegenwärtigen Stellen verbleiben und nicht auf Beförderung rechnen können.

Odess, 30. April. Wie dem „Russ. Juv.“ telegraphirt wird, ist hier selbst ein Minengang entdeckt worden, der zur Zollniederlage führt. Der Gang ist von einem Abzugsanal ausgegraben und nicht ganz beendigt.

Amerika.

* Die Bewegung für die nächste Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten ist bereits lebhaft im Gange und hat schon namhafte Resultate erzielt. Bekanntlich spielt dabei auch die Frage, ob Beibehaltung der Schutzollpolitik oder Revision des Zolltarifs, eine große Rolle. Der ersten neigt die Mehrheit der Republikaner zu, die letztere wird im großen Ganzen von den Demokraten ertritten. Aus Washington wird über die betreffende Thätigkeit der republikanischen Conventione folgendes mitgetheilt: Die republikanische Convention von Massachusetts hat eine Delegation zu Gunsten von Edmunds und Lincoln gewählt. Ihr Programm billigt den Schutzoll-Tarif und beanstandet die weitere Prägung von Silberdollars. Die republikanische Convention von Maine unterstützt die Candidatur Blaine's sowie die Schutzollpolitik. Sämmtliche Conventione von Neu-England begünstigen den Schutzolltarif. Die „Gerabe-Aus“ republikanische Convention von Virginia, die gegen Mahone ist, hat einige Delegirte für Blaine gewählt, die Mahone's Anspruch auf Vertretung der Partei in Chicago bekämpfen werden. Die republikanischen Conventione in Californien, Oregon, Colorado und Nevada wählen Delegirte für Blaine. Die republikanische Convention von Kentucky erklärte sich für Präsident Arthur. Die Delegirten für Wisconsin sind zwischen Blaine und Edmunds getheilt, obwohl sie zuerst General Fairfield als Candidaten präsentirten. Jetzt haben fast alle Conventione, die Delegirte für die in Chicago abzuhalten republikanische Convention zu wählen haben, stattgefunden. Die Convention wird 820 Delegirte umfassen, von denen Blaine etwa 340, General Arthur 300 und Edmunds 100 beherbergen wird. Das republikanische Problem ist, ob Blaine oder Arthur im Stande sein werden, den Candidaten zu nennen. Derselbe muß 411 Stimmen haben, um seine Nominacion zu sichern.

Toronto (Canada), 2. Mai. Im Parlamentsgebäude sind Dynamitpatronen ausgepackt worden, die als Erzeugnisse der Actina-Pulver-Fabrikgesellschaft in Chicago erkannt sind und die große Verärgerung anzuregen nicht geeignet sein sollen. Man glaubt daher, daß es sich um einen Scherz gehandelt habe, oder daß die Patronen von einer Person eingekleppt sind, die eine Anstellung als Wächter erhalten will. Die Regierung scheint die Sache aber ernster anzusehen, denn sie hat eine Belohnung von 1000 Dollars ausgesetzt auf die Ermittlung der Personen, welche die Dynamitpatronen in dem Parlamentsgebäude niedergelegt haben.

Danzig, 6. Mai.

* [Stadtverordnetenwahl.] Bei der gestrigen Erziehung eines Stadtverordneten für den ersten Wahlbezirk der dritten Wähler-Abtheilung haben von den in der Wählerliste aufgeführten 1963 stimmberechtigten Bürgern 80 ihre Stimme abgegeben. Gewählt wurde Herr Schlossermeister K. F. Anger mit 78 Stimmen, und zwar an Stelle des verstorbenen Dr. Hein für die Zeit bis Ende December 1884. — Für die heutige Erziehung im dritten Bezirk (nicht „ersten“, wie gestern in einer Annonce irrtümlich steht) der 3. Abtheilung an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Rompelten ist vom Stadtberein wie auch von Wählern des Bezirks Herr Kaufmann Johann Eng zu Stadtbeige aufgestellt.

* [Getreidetarife.] Nach einer Bekanntmachung der Direction der Marienburg-Malawar

aber der Traadbie eine Genüge geschehen. Daß dann noch Weiter auf die Bühne geschleppt werden, Amalie durch das zusammengepresste Gebäl und Mauerwerk des Schloßes führt, sogar der alte Daniel seine arme Seele zum größeren Spektakel des Publikums unter den Fäusten der Stroche ausbauen muß, das hat mit dem Trauerspiel nichts zu thun, da fängt das Ballet an. Man wollte den Meinungen nachahmen und hat dem Trannan überbrannt. Auf solchem Wege ist Umkehr sehr schwer, selbst wenn man sich von dem Befallsrötheln des Publikums nicht irre machen lassen sollte.

Auch hier trachtet man darnach, das Personal zu ergänzen, das anfangs zwar nicht lückenlos, aber durch den Stamm der Societäre wohlgefügt war. Nun fehlt Haase, nun scheint man auch Barnay falkhellen zu wollen. Wenigstens brauchte man weder einen Karl Moor noch einen Parin, so lange er da ist. Um so weniger, als man da zwei ganz mittelmäßige Talente bekommen hat. Der junge Held, Herr Krausned, bildet Ton und Empfindung nur oben; tiefer als aus dem Rehlhof holt er beides nicht hervor. Das merkt man besonders, wenn der feuerföppige Ratz neben ihm auf der Scene steht. Jeder Ton kommt da tief aus der Brust, jedes Wort sagt, bedeutet etwas. An Ratz hat das deutsche Theater die allerbeste Acquisition gemacht, einen Darsteller ersten Ranges gewonnen, der selbst wo er fehlgriff, wo er sich lärmisch überhaßte, noch immer fest und interessiert. Daß er seine Gebilde nicht vor uns entwickelt, wachsen läßt, sondern sie wie Athene aus dem Haupte des Zeus fix und fertig, lebensfrohen vor uns hinstellt, ist allerdings nicht immer richtig, daß er den Realismus, der ja die Basis aller heutigen Schauspielkunst sein muß, mitunter überreißt, in Naturalismus ausarten läßt, das haben selbst Häupter der realistischen Richtung wie Marie Seebach beklagt. Nimmt man aber die ganze künstlerische Persönlichkeit, das zielbewusste Gestalten, die geniale Ausföhrung, die scharfe Charakterisirung, die selbst Schiller'sche Selben zu Charakteren macht, so wird man in diesem Einen Ersatz finden für vieles Fehlende. Größere menschliche Reife wird auch bei ihm klärend, beruhigend wirken, die Nervosität des Spiels mildern.

Eisenbahn sind vom 2. d. Mts. ab im Wechsel-eisenbahn-Verbande die Frachtsätze für den Getreideverkehr zwischen Kiew Fluß und Danzig von 84.49 Rbl. 67.79 Mt. auf 74.80 Rbl. 64.31 Mt. und zwischen Kiew Fluß und Neufabritwasser von 84.49 Rbl. 69.85 Mt. auf 74.80 Rbl. 66.21 Mt. pro Wagenladung ermäßigt worden.

* [Combinirte Rundreisebilletts.] Die Bestimmungen über die am 20. Mai c. zur Ausgabe gelangenden combinirten Rundreisebilletts sind folgende: Der Reisende stellt sich seine Tour zusammen, indem er einzelne der vorhandenen Coupons auswählt und sie zu einem Bilet vereinigt läßt. In dieser Weise zusammengelegte Biletts müssen aber einschließlich etwa mitzubehaltender Dampfischfreiden eine oder mehrere in sich geschlossene Rundreisen von zusammen mindestens 600 Kilom. Länge umfassen und darf die Ausgangsstation vor Vollendung der Reise nicht wieder berührt werden. Zur Hin- und Rückfahrt über die gleichen Linien werden combinirbare Rundreisebilletts nicht abgegeben, aber es ist gestattet, einzelne Strecken doppelt abzufahren, diese dürfen aber in der Regel nicht über ein Viertel der Länge der ganzen Rundreise betragen. Für kürzere Zwischenstrecken ohne Eisenbahn- oder Dampfischverbindung werden besonders Coupons aufgelegt. Dieselben enthalten keine Preisangabe und werden bei Berechnung der Länge nicht in Betracht gezogen. Die Rundreise muß am dem Punkte vollendet werden, an welchem sie begonnen wurde. Die Rundreise-Coupons werden für I., II. und III. Wagenklasse veräußert und berechtigen zur Fahrt mit allen Zügen, welche die betreffende Wagenklasse führen. Es ist auch zulässig, in einem combinirbaren Rundreisebilet Coupons verschiedener Klassen zu vereinigen. Die Biletts müssen schriftlich mindestens 4 Tage vor Antritt der Reise bei der Couponstation bestellt werden. Die Gültigkeitsdauer der Rundreisebilletts beträgt 35 Tage. Die combinirbaren Rundreisebilletts sind persönlich und können auf andere Personen nicht übertragen werden.

* [Uebergang der Gerichtskostenhebung auf die Justizverwaltung.] Wie wir vernehmen, hat in Bezug auf den beschlossenen Uebergang der Gerichtskostenhebung auf die Justizverwaltung mit dem 1. April künftigen Jahres gegenwärtig der Finanzminister die Provinzialverwaltungen beauftragt, zu ermitteln, welche von den aus der Justizverwaltung übernommenen Beamten bereit sind, in die Justizverwaltung zurückzutreten.

* [Jubiläum.] Ein heutzutage ziemlich seltenes Jubiläum begeht morgen (am 7. Mai) der als Haushalter in der hiesigen Bedingehofen Apotheke in der Langgasse fungierende Joh. Friedr. Kruschewski, welcher dieser Apotheke seit 25 Jahren ununterbrochen seine Dienste widmet.

* [Denkmal.] In den Kreisen der Bautechniker beabsichtigt man, dem kürzlich verstorbenen Ober-Landesbaudirector Hagen, dem eigentlichen Schöpfer des jetzigen Billauer Hafens, ein Denkmal zu errichten. Die einleitenden Schritte zur Ausführung dieses Planes hat der Berliner Architekten-Verein unternommen.

-g- [Schurgericht.] Die zweite gestern verhandelte Anklagegehaltete sich zu einem recht düstern Drama. Angeklagt war die unerschütterliche Alwine Grönte, 24 Jahre alt, aus Rling bei Berent gebürtig, wegen zweifachen Mordes. Die Angeklagte, welche der ihr zur Last gelegten Verbrechen geständig ist, war seit dem Jahre 1881 bei dem Rittergutsbesitzer Weiss in Nedamowo bei Berent im Dienst. Hier wurde sie im Februar 1883 von einem Knaben entbunden, welchen sie zu einer Frau Klamowski in Pflege gab. Am 15. November desselben Jahres wurde sie, da sie sich wieder in hoffnungslosen Umständen befand, von ihrem Dienstherrn entlassen; es stellte sich noch heraus, daß sie mehrere Veruntreuungen begangen hatte. Sie begab sich darauf zu der Frau Klamowski, um ihr Kind zu holen. Diese machte ihr den Vorschlag, den Knaben bei ihr zu lassen, da sie ihn ja jetzt doch nicht ernähren könne. Die Angeklagte begab sich darauf nach dem Dorfe Eichenberg, bei welchem sich ein Dorfbruch befindet. Hier faste sie den Entschluß, sich und das Kind zu tödten, und suchte sich eine dazu geeignete Stelle aus. Sie ging zurück, holte das Kind von der Klamowski und warf es in den Dorfbruch. Den Selbstmordgedanken gab sie jedoch auf. Sie begab sich nun nach Rönigsberg, wo sie in der Entbindungsanstalt Aufnahme fand und am 3. Dezember 1883 einen Knaben gebar. Am 13. Dezember wurde sie entlassen. Sie versuchte jetzt an verschiedenen Stellen, das Kind unterzubringen. Da sie kein Geld hatte, gelang ihr dies nicht, und sie faste den Entschluß, auch dieses Kind zu ertränken — nach ihrer Angabe auf den Rath eines unbekannten Mädchens. Sie führte diesen Entschluß, angeblich unter Beihilfe jenes fremden Mädchens, aus, indem sie nach ihrer Beschreibung das Kind von dem Kai an der neuen Börse in Rönigsberg in den Pregel hinabwarf. Die Leiche des ersten Kindes wurde in dem Dorfbruch vorgefunden, während das angeblich in Rönigsberg ertränkte Kind nicht aufgefunden worden ist. Auf Veranlassung ihres früheren Dienstherrn erfolgte ihre Festnahme. Als erschwerend für die Angeklagte stellt sich bei der Beweisaufnahme heraus, daß dieselbe, entgegen ihrer Angabe, durchaus nicht ohne Geldmittel gewesen ist. Während der Staatsanwalt in beiden Fällen alle Kriterien der mit Ueberlegung verübten Tödtung, also des Mordes erblickt, sucht die Vertheidigung darzutun, daß die Angeklagte ohne Ueberlegung gehandelt habe. Im zweiten Falle könne es sich übrigens nur um verurtheilten Mord handeln, da die Leiche des Kindes nicht aufgefunden, die Tödtung also nicht erwiesen sei. Es sei nicht unmöglich, daß das Kind gerettet sei und noch lebe. Die Geschworenen erkannten im ersten Falle die Angeklagte für schuldig, ihr Kind vorsätzlich und mit Ueberlegung getödtet zu haben, im zweiten Falle bejahten die Geschworenen nur die Frage des verurtheilten Mordes. Der Staatsanwalt beantragt, die Angeklagte wegen Mordes zur Todesstrafe und wegen versuchten Mordes zu 5 Jahren Zuchthaus zu verurtheilen. Der Gerichtshof sprach darauf über die Angeklagte das Todesurtheil aus, während er sie wegen des verurtheilten Mordes zu 4 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurtheilte. Seitens der Geschworenen wurde ein Gnadengesuch an den Kaiser eingereicht. Die Angeklagte, welche sich im Laufe der Verhandlungen in hochgradiger Aufregung befand, vernahm das verhängnisvolle Verdict mit ziemlicher Ruhe.

* [Feuer.] Gestern Nachmittag 1½ Uhr entstand in dem Untergebäude des Hauses Deitgenstraße Nr. 11 ein Schornsteinbrand. Der Schornstein wurde unter Aufsicht der Feuerwehr ausgebrannt.

* Zum Anlauf von Remonte-Verden sind im Bereich der königl. Regierung zu Marienwerder für dieses Jahr folgende Märkte anberaumt worden: Zu Memel am 8., Neuenburg am 9., Schwes am 10., Briesen am 17., Rösenberg am 19., Christburg am 20., Marienwerder am 21., Königsberg am 22., Pöden am 23., Rulmsee am 21., Bischofswerder am 22. und Strasburg am 23. August cr.

* Königsberg, 5. Mai. Heute früh ist die Leiche des am letzten Königsgeburtstages von dem im Rheinböhmschen Gemeindegarten stattgefundenen Ball verschundenen Train-Unterofficiers dort vom Pregel angeschwommen. Die Leiche war bei der Auffindung mit der Uniform bekleidet und das Gesicht stark aufgetrieben. Der Unterkörper beider Augen ist mit Blut unterlaufen und deutet auf Schläge, die mit einem harten Gegenstande in das Gesicht geführt worden sind, hin. Man schließt daher auf einen gewaltsamen Tod.

Zufchriften an die Redaction.

Im Anschluß an die Lokalmotiv in Nr. 14 598 der „Danz. Zig.“ betr. die Belandung der grünen Brücke, erlaube ich die Unterzeichneten die Aufmerksamkeit des Magistrats auf die mangelhafte Belandung der Längsbrücke zu richten. Die Längsbrücke ist unzureichend und eine sehr lebhaftes Gesprächsfrage. Für die Belandung der Brücke sorgen insofern fast nur die Schaufenster der anwohnenden Geschäftslente. So wie diese ihre Lokale schließen, tritt daleich ein Halbunfall ein, das nicht viel besser ist wie totale Finsternis. Besonders bei regnerischem Wetter macht sich dieser Uebelstand bemerkbar. Der Holzbelag läßt das Wasser nicht abfließen, es entstehen große Wasserlachen, welche in Folge der Finsternis von den Passanten nicht vermieden

werden können. Einige Gaslaternen mehr werden wohl genügen, diesem Uebelstand abzuhelfen und den Verkehr auf der Langenbrücke im Interesse des Publikums sowie der Geschäftsleute zu erleichtern.
Mehrere Anwohner der Langenbrücke.

Bermischtes.
Darmstadt, 2. Mai. Die seit einigen Tagen am Eingangsthor der Villa Flotow angebrachte Sedentafel — eine Stiftung des hiesigen Instrumentalvereins — hat folgende Inschrift: „In dieser Villa lebte und starb Freiherr Friedrich v. Flotow am 24. Januar 1884. Errichtet zum ehrenden Gedächtniß vom Instrumentalverein zu Darmstadt, 26. April 1884.“

Danziger Stadestram.
Vom 5. Mai.
Geburten: Arbeiter Johann Mielle, T. — Schneidergeß, Franz Pommer, C. — Arbeiter Heinrich Schulz, C. — Polizeibureauwärter Kathias Eichert, T. — Major a. D. Eduard Varian, T. — Schiffszimmergeß Albert Rinder, C. — Post-Secretär George Kappmann, C. — Schneidergeß Thomas Eulag, T. — Schiffszimmergeß Friedrich Dreife, C. — Wächter Johann Schöner, C. — Tischler Paul Paulin, C. — Militär-Anwärter Hermann Mehlant, T. — Kreis-Kassen-Rendant Carl Goltz, C. — Zimmergeß Wilhelm Biber, T. — Maurergeß Albert Stüwe, T. — Arbeiter Paul Rindfleisch, C. — Arbeiter Peter Toldorf, C. — Uebel: 1 C., 2 T.

Aufgebote: Arb. Ernst John Bander und Clara Wilhelmine Kofale Galsinski. — Arb. Aug. Selinski in St. Albrecht und Marie Wiantowski in Rottmannsdorf. — Malergeß Anton Bernh. Blum und Wilhelmine Ottilie Radomski. — Schmiedgeß August Wohlgenuth und Emilie Kuhnert. — Telegraphenbote Peter Uraun und Maria Sudan. — Kammerei-Kassen-Assistent Joh. Heinrich Gottfried Bagemann und Anna Christiane Charlotte Marie Engel. — Schuhmachergeß Mathies Lepunber und Louise Kubjahn. — Schmiedgeß Joseph Brzazanski und Kofale Emilie Brang. — Seiler Christian Heinrich Freiheit und Ww. Elisabeth Marie Jabin, geb. Sablewski.

Todesfälle: Buchhalter der kaiserl. Post Richard Sigismund Johann Friedr. Wöhns in Breslau und Johanna Vertha Wette Maria Schmidt hier. — Feldwebel Carl Albert Rudike und Marielise Strongowski. — Schuhmachergeß Carl August Bantraz und Hulda Friederike Rinder, geb. Dietrich. — Eisenreder Albert Johann Joseph Krenninski und Clara Kofale Wajdinski. — Schiffsgeß Johann Wajdinski und Franziska Marie Schröder.

Todesfälle: Frau Anna Maria Klein, geb. Brunzen, 72 J. — T. d. Arb. Rudolf Krönte, 3 M. — C. d. Schneidergeß, Franz Pommer, 2 Tage. — Maler Richard Oscar Max Sieg, 24 J. — C. d. Radiers Carl Müller, 1 J. — T. d. Arb. Joseph Sigowski, 6 J. — Wwe. Christiane Friederike Rübiger, geb. Wachert, 86 J. — T. d. Arb. Hermann Kuop, 1 J. — Kaiserl. Post-Secretär Johannes Gultak Lehmann, 36 J. — Buchhalter Michael Nowacki, 28 J. — Gärtner Gottfried Köhler, 80 J. — Uebel: 2 T.

Am Fuß- und Bettage, den 7. Mai 1884,

predigen in nachbenannten Kirchen:
St. Marien. 8 Uhr Archidiaconus Vertling. 10 Uhr Superintendent Kable. 2 Uhr Diaconus Dr. Weinsig. Beichte Dienstag 1 Uhr und am Fuß- und Bettage 9½ Uhr.
St. Johann. Vorm. 9 Uhr Prediger Auerhammer. Nachm. 2 Uhr Pfarrer Stengel. Beichte Dienstag Mittags 12½ Uhr und am Fuß- und Bettage 8½ Uhr.
St. Katharinen. Vorm. 9½ Uhr Pastor Ostermeier. Nachmittags 2 Uhr Archidiaconus Wessel. Beichte Morgens 9 Uhr.
St. Trinitatis. Vorm. Prediger Dr. Blech. Anfang 9 Uhr. Nachmittags Dr. Walzahn. Beichte am Dienstag, Mittags 12½ Uhr, und am 7. Mai früh 8½ Uhr.
St. Barbara. Vormitt. 9 Uhr Gastpredigt Pfarrer Hefelle aus Mühlengabell. Nachmitt. 2 Uhr Prediger Hefelle. Beichte Morgens 8½ Uhr.
Garnison-Kirche zu St. Elisabeth. Gottesdienst und Feier des heiligen Abendmahls Vormittags 10½ Uhr. Divisionspfarrer Collin. Beichte Dienstag Nachmitt. 3 Uhr und am Fuß- und Bettage Vormitt. 10 Uhr Divisionspfarrer Collin.
St. Petri und Pauli. (Reformirte Gemeinde.) Vorm. 9½ Uhr Prediger Hoffmann.
St. Bartholomäi. Vormittags 9 Uhr Superintendent Hemelle. Die Beichte Dienstag Mittag 1 Uhr und Mittwoch Morgens 8½ Uhr.
Heilige Leichnam. Vorm. 9 Uhr Superintendent Boie. Die Beichte 8½ Uhr Morgens.
Diaconissenhaus-Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst Pastor Ebeling. Freitag Nachmittags 5 Uhr Bibelstunde Pastor Ebeling.
St. Salvator. Vorm. 9½ Uhr Pfarrer Woth. Die Beichte um 9 Uhr in der Sakristei.
Himmelfahrts-Kirche in Neufahrwasser. Vorm. 9½ Uhr Pfarrer Stengel. Beichte 9 Uhr.
Kirche in Weichelmünde. Divisionspfarrer Köhler. Vorm. 9½ Uhr. Kein Abendmahl.
Remonstration-Gemeinde. Vormitt. 9½ Uhr Prediger G. Mannhardt.
Bethaus der Brüdergemeinde Johannsgasse Nr. 18. Abends 6 Uhr Prediger Wessier.
Heil. Geistkirche. (Evangel.-Luther. Gemeinde.) Vorm. 9 Uhr und Nachmittags 2½ Uhr Lesegottesdienst.
Königliche Kapelle. Frühmesse 8 Uhr. Hochamt mit Predigt 10 Uhr. Nachm. 2½ Uhr Besperandacht.
St. Nicolai. Frühmesse 7 und 8 Uhr. Hochamt mit Predigt 9½ Uhr. Predigt Landmesser. Nachmittags 3 Uhr Besperandacht.
St. Joseph. Frühmesse 7 Uhr. Vorm. 9½ Uhr Hochamt und Predigt. Nachm. 3 Uhr Besperandacht.
St. Brigitta. Am Feste des hl. Adalberts. Frühmesse 7 Uhr. Hochamt mit Predigt 9½ Uhr. Nachm. 3 Uhr Besperandacht. Militär-Gottesdienst früh 7½ Uhr. hl. Messe mit Predigt Divisionspfarrer Dr. v. Wietzowski.
St. Hedwigskirche in Neufahrwasser. 9½ Uhr Hochamt mit Predigt Pfarrer Reimann.
Freie religiöse Gemeinde. Keine Predigt.
Baptisten-Kapelle, Schießflanze 13/14. Vorm. 9½ Uhr

Zadung.

1. Der Joseph Gortewik, geboren in Sement, zuletzt dafelst, 2. der Valentin Zielinski, geboren in Ost Lednion, zuletzt dafelst, 3. der Stephan Kurek, geboren in Abl. Kamion, zuletzt dafelst, 4. der Johann Kordowski, geboren in Halldorf, zuletzt in Ost Lednion anhaltend, werden beschuldigt, zu Nr. 4, als Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, zu Nr. 1 bis 3, als Kriegsfreiwilliger erster Klasse ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
Dieselben werden auf Anordnung des Königl. Amtsgerichts hieselbst auf den 10. Juni 1884, Vormittags 9 Uhr, vor das Königl. Schöffengericht zu Neuenburg zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Amtsgerichts-Commando zu Graudenz aufgestellten Erklärung verurtheilt werden. (7348)
Neuenburg, den 28. Februar 1884.
Dommer.
J. B.
Verichtschreiber des Königl. Amtsgerichts.

Befanntmachung.

In dem Concurse über das Vermögen des Kaufmanns Nathan Kriesslein zu Graudenz ist Herr Kaufmann Carl Schleiff zu Graudenz zum Verwalter bestellt worden. (16:9)
Graudenz, den 28. April 1884
Königliches Amtsgericht.

Befanntmachung.

Restaurations-Verpachtung.
Die Restauration des am Bahnhofs in Schlobitten nebst Wohnräumen soll zum 16. Juni dieses Jahres anderweitig verpachtet werden.
Interessenten erhalten die Vertragsbedingungen gegen portofreie Einsendung von 75 Pf. an unseren Bureau-Vorher frei zugesandt, können dieselben auch in unserem Amtelokal zur Einsichtnahme erhalten. Jeder Bewerber hat nach Entgegennahme der von ihm offerirten Bacht in ein Vertrags-Exemplar, das selbe mit Vor- und Nachnamen deutlich unterzeichnen, an die unterzeichnete Behörde bis zum 24. Mai cr. Vormittags 12 Uhr, zurückzugeben, an welchem Tage die eingegangenen Offerten im Gegenwärt der etwa erschienenen Submittenten werden eröffnet werden. Auszug mit der Offerte haben die Bewerber eine Darstellung ihrer früheren Verhältnisse, sowie Qualifikationen und politische Führungssatte einzureichen.
Danzig, den 2. Mai 1884.
Königl. Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Befanntmachung.

Ein sehr guter Krankenfahrstuhl ist zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung. (1593).

und Nachm. 4½ Uhr, sowie Donnerstag, Abds. 8 Uhr, Prediger Wessl.
Ev.-luth. Kirche Wauergang 4 (am breiten Thor). 10 Uhr Hauptgottesdienst. Pred. Dunder. Nachmittags-2½ Uhr Predigt, derselbe.

Telegr. Specialdienst d. Danz. Btg.

Abgeordnetenhaus.
82. Sitzung am Montag, 5. Mai.
Tagesordnung: Eisenbahnerstaatl. Vorlage und Communalsteuergesetz.

Zu § 1 der Verstaatlichungsvorlage ergreift zuerst das Wort der
Abg. Bachtmann (freis.): Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir aus denselben Gründen, die von dieser Seite schon mehrfach hervorgehoben sind, gegen die Erweiterung des Staatsbahnnetzes, wie sie hier vorliegt, stimmen werden. Das Object, um dessen Verstaatlichung es sich eigentlich handelt, ist die Berlin-Dambrger Bahn. Kaum eine Bahn in Deutschland ist finanziell so gut geleitet gewesen, hat eine so hohe Dividende gegeben, hat so viele Beträge in die Verbesserung des Unternehmens gefloßt, wie diese Bahn. Ich fürchte, daß es der Staatsregierung kaum gelingen wird, ähnliche Resultate zu erzielen, und schreibe hieraus meine Bedenken gegen die Verstaatlichung. Nun drängt sich die Frage auf, ob die Regierung noch beabsichtigt, den Bau der Eisenbahn von Lauenburg nach Oldesloe als Vollbahn auszuführen? Der Ausbau der Linie Hagenow-Oldesloe würde für den durchgehenden Verkehr entschieden den Vorzug verdienen. In erster Linie würde ich meinen, daß man den Bau überhaupt entbehren und durch die Linie Hagenow-Oldesloe ersetzen könnte. Da aber der Verkehrsaufschluß des Binnenlandes seinen Werth hat, so sollte die Regierung, wenn sie einmal Werth auf das Project legt, die Linie als secundäre ausführen.

Abg. Hammer (nat.-lib.): Der Bau der Linie Lauenburg-Oldesloe wird durch den Erwerb der Berlin-Dambrger Bahn keineswegs überflüssig. Sie soll dem Durchgangsverkehr von den links-elbischen Landes- theilen nach dem Seehafen Kiel dienen, allerdings zunächst vorwiegend im politischen und strategischen Interesse. Es würde mit Rücksicht auf den Erwerb der Teilschienen Lauenburg-Büchen und Büchen-Schwarzenbeck von der Ausführung der Linie Lauenburg-Schwarzenbeck abgesehen werden können. Dann möchte ich zwei Fragen an den Herrn Minister richten. Beabsichtigt er die Direction der erworbenen Bahnen nach Altona oder nach Hamburg zu legen, und welche Verwendung soll künftig der Hamburger Bahnhof haben?

Minister Maybach: Der Herr Abg. Bachtmann bestritt, daß der Erwerb der kleinen Linien Lütz- fienburg und Delz-Gusen in Consequenz des einmal begonnenen Principes liegt, sehr mit Unrecht. Die erste Linie ist ein Mittelglied der Ostbahn, eine Verbindung zwischen den Strecken Königsberg-Elbsthnen und Lütz-Memel, die zweite liegt in der Mitte der- jenigen Bahnen, welche wir kürzlich erworben haben. Was die Linie Lauenburg-Oldesloe betrifft, so ist es ein Irrthum, wenn man annimmt, daß diese Bahn jetzt eigentlich überflüssig sei; denn sie ist dazu bestimmt, einmal einen Landestheil aufzuschließen, dessen Werth nicht zu unterschätzen ist, und eine bessere Ver- bindung nach Kiel und der Ostsee zu gewähren unter Umgehung der wenig leistungsfähigen, im Hamburgischen Besitz bleibenden Hamburger Ver- bindungsbahn; dann aber hat sie auch einen militärischen Zweck. Der Bau der Bahn von Hagenow nach Lauen- burg hat nicht ins Werk gesetzt werden können, weil wir uns mit der mecklenburgischen Regierung bisher noch nicht haben verständigen können. Offenbar wird uns diese Verständigung mit der Zeit gelingen. Einen Erfolg aber für die Linie Lauenburg-Oldesloe bietet diese Bahn nicht. Wenn weiter gesagt ist, es würde vielleicht an- gänglich sein, den Betrieb secundär zu führen, so laun ich dem Recht geben. Diese Frage unterliegt aber unserer Erwägung und sie dürfen versichert sein, daß wir bemüht sein werden, jede Ersparniß ohne Schädigung des Zweckes selbst herbeizuführen. Darüber wird uns bis jetzt klar geworden, daß es rationell sein wird, den Sitz der Verwaltung der ge- sammten Linie an die untere Elbe zu verlegen. Ob wir aber damit Altona oder Hamburg bezeichnen sollen, ist für den Augenblick noch nicht zu entscheiden. Was die zweite Frage betrifft, so besteht die Absicht, den Lebrer Bahnhof zu einem Ausstellungsgebäude herzurichten und in Folge dessen den Betrieb nach dem Hamburger Bahn- hof überzuführen.

Abg. Bachtmann bittet den Minister, endlich die Grundzüge für die Berechnung der Dienstzeit der Bureauclariats seinerbei Gelegenheit der letzten Ver- staatlichungs-Vorlage gegebenen Zusage nach einer erneuten wohlwollenden Prüfung zu unterziehen und anderweitig festzusetzen. Ich wünsche ferner zu wissen, ob von den Bureauclariats, die von den verstaatlichten Bahnen übernommen sind, jetzt die Ablegung des Examen gefordert wird, um in eine etatsmäßige Stelle einzutreten zu können.

Ministerialdirector Drefeld: In Bezug auf die erste Frage des Herrn Redner müssen noch weitere Ermittlungen angestellt werden, die bereits im Gange sind. Was die letzte Frage betrifft, so müssen die Be- amten sich den Staatsprüfungen unterwerfen. Für den Staatsdienst schon zwei Jahre oder mehr in einer Stelle beschäftigt waren, die eine Vorstufe von einer etatsmäßigen Stellung ist, wird die Prüfung erlassen. Es wird jedoch natürlich auch hier vorausgesetzt, daß die betreffenden Beamten die nötige Qualifikation besitzen. Wo das nicht der Fall ist, findet ein Aufsteigen in etats- mäßige Stellen natürlich ohne nochmalige Prüfung nicht statt.

Abg. Warburg (freis.) plaidirt für Altona als Sitz der Direction der verstaatlichten Bahn.

Abg. Franke (nat.-lib.) bittet, daß im Interesse Schleswig-Holsteins der Bau der Linie Hagenow-Oldesloe möglichst gefördert werde.

Es wird hierauf § 1 angenommen, ebenso die §§ 2, 3 und 4.
Zu § 5 befürwortet

Befanntmachung.

Die Königl. Stroman-Ver- waltung beabsichtigt die Wasserkräfte der Weichsel bei Gattau und Gützlau auszubauen. Da es sich hierbei zum Theil um Verstaatlichung neuer Werke handelt, so sind nach § 2 des Gesetzes vom 20. August 1883 (Ges.-Samml. S. 333) vor Inangriffnahme der Ver- arbeiten die angrenzenden Uferbesitzer zunächst zu hören. Zu diesem Behufe resp. zur Entgegennahme etwaiger Ein- wendungen habe ich einen Termin auf

Dienstag, den 20. Mai cr.,
Vormittags 11 Uhr,
in der Gattauer Wäschhude anberaumt, zu dessen Wahrnehmung ich die be- theiligten Abtheilungen hienmit einlade.
Danzig, den 1. Mai 1884.

Der Königl. Baurath.

Degner. (1536)

XII. Quedlinburger

Pferde-Lotterie.
Ziehung 18. Juni 1884.
Hauptgew. 6000 Mk. Wth.
1250 Gewinne im Werthe von 45 000 Mark.
Loose à 3 Mark bei dem General-Agenten

Carl Krebs in Quedlin- burg u. Haasenstien & Vogler in Danzig.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Abg. Strombeck (Centr.) seinen Antrag, daß die Räumung der Prioritätsanleihen der vorliegenden und bereits verstaatlichten Bahnen durch Gesetz erfolgen solle.
Der Antrag, von dem Abg. v. Webell-Malsow (conf.) beläufigt, daß das Haus auch noch die übrigen Be- stimmungen der Vorlage ohne weitere Debatte.

Es folgt die 2. Beratung des Communalsteuergesetzes.

§ 9 lautet: „Bei Einschätzung der nach § 1 Absatz 3 abgabepflichtigen Personen zur Einkommensbesteuerung in ihren Wohnsitzen ist derjenige Theil des Gesamteinkommens, welcher aus außerhalb des Gemeindebezirks belegenem Grundeigenthum oder außerhalb des Gemeindebezirks stehenden Betrieben, Gewerben, Eisen- bahn- beziehungsweise Bergbaubetrieben fließt, außer Be- rechnung zu lassen.“
Die Gemeinde, in welcher der Abgabepflichtige seinen Wohnsitz hat, ist jedoch, wenn das in ihr steuerpflichtige Einkommen weniger als ein Viertel des Gesamteinkommens beträgt, berechtigt, durch Gemeindebeschluss ein volles Viertel des Gesamteinkommens für sich zur Besteuerung in Anspruch zu nehmen, ohne daß da- durch das Besteuerungsrecht der Forderungsgemeinde beeinträchtigt wird.“

Der zweite Absatz ist von der Commission hinzu- gefügt.
Schmidt-Sagan (freiconf.) und Belle (freis.) wollen in demselben die Schlussworte durch folgende ersetzen: „Unter entsprechender Berücksichtigung der Forderungsgemeinden zur Besteuerung zufallenden Einkommens- theils.“

Abg. v. Quack (conf.) hält den von der Commission gemachten Zusatz nicht für annehmbar, eher den Antrag Belle-Schmidt, der durch seine abmildernde Tendenz den Anschauungen der Conservativen sich wieder etwas nähert.

Unterstaatssecretär Herrfurth bittet ebenfalls um Ablehnung des Alinea 2. Nicht weil die Regierung den darin ausgedrückten Gedanken für irrational hält, hat sie ihn in die Vorlage nicht auf- genommen, sondern weil es sich nach ihrer Ansicht nicht empfiehlt, in einem Nothgesetze eine solche Bestimmung zu treffen, event. bittet sie ebenfalls um Annahme der Amendements Schmidt-Belle.

Abg. Belle empfiehlt den Commissionssatz und sein Amendement. Die hier in Frage kommenden Leute sind ja keineswegs durchweg reiche Leute, welche ohne Weiteres eine directe Doppelbesteuerung ertragen können, sondern solche, welche kümmerlich und nur, mit dem Nothwendigen versehen, von dem Ertrage ihres Fabrikbetriebes leben. Um für diese eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, haben wir unseren Antrag gestellt.

§ 9 wird in der Commissionssassung mit dem Amendement Schmidt-Belle und folgendem von denselben Abgeordneten beantragten Zusatz genehmigt: „Hat der Abgabepflichtige einen mehrfachen Wohnsitz, so ist diese Quote nach Maßgabe des § 10 zu vertheilen.“

Die Commission hat folgenden § 9a eingefügt:
„Diejenigen Personen, welche bei den in Gemeinschaft des § 1 Absatz 1 abgabepflichtigen Actiengesellschaften, Commanditgesellschaften auf Actien, Bergwerkgesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Consumvereinen, als Actionäre, Gewerks, Genossen oder Mitglieder theilhaft sind, können verlangen, daß ihr aus ihrer desfallsigen Theilhaftigkeit fließendes Einkommen bei der Einschätzung an der Gemeindegemeinde in ihrer Wohnsitze nicht auf der Berechnung gelassen wird.“
Zur Begründung dieses Anspruchs wird erfordert, daß die betreffende Person mindestens während des ganzen dem Abgabesjahr vorausgehenden Jahres unausgesetzt Eigentümer oder Inhaber der Theilhaftigkeit war.

Der Absatz 2 des § 9 findet hierbei gleichmäßige Anwendung.
Abg. v. Jedlit (freiconf.) beantragt, den letzten Absatz so zu fassen: Der Absatz 2 des § 9 findet hierbei mit der Maßgabe Anwendung, daß dadurch das Besteuerungsrecht der Eigengemeinde nicht beeinträchtigt wird.

Abg. Schmidt-Sagan: Ich halte die Besteuerung der Actionäre neben der Besteuerung der Actiengesell- schaft für principiell nicht gerechtfertigt. Man kann gerechterweise entweder nur die Gesellschaft oder nur die Actionäre besteuern; insbesondere bei Consumvereinen, die gar kein eigenes Rechtssubject sind und deren Mitglieder zum größten Theil den ärmeren Volksklassen angehören, ist eine solche Doppelbesteuerung schlecht angebracht. Die bisherige Doppelbesteuerung dieser Art in Preussland und Westfalen hat stets lauten Widerspruch gefunden und die Regierung hatte schon immer die Absicht fundamente, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Von dieser Absicht ist sie jetzt unvollständig abgewichen und die Commission hat deshalb in § 9a die Ungerechtigkeit aus eigener Initiative zu beseitigen vor- geschlagen. Den Antrag Jedlit empfehle ich jedenfalls zur Annahme.

Unterstaatssecretär Herrfurth: Die Stellung der Regierung zum § 9a ist genau dieselbe, wie zu § 9 Absatz 2; nicht, weil der Gedanke irrational ist, sondern weil sich die generelle Regelung der Doppelbesteuerung der Actiengesellschaften in einem Nothgesetze nicht empfehl, hat er in der Vorlage keine Aufnahme gefunden. Auch scheint die Fassung des Absatzes 2 in § 9a erheblichen Bedenken zu unterliegen.

Abg. v. Jedlit befürwortet die Annahme seines Unterantrags, mit dem sich auch
Abg. Hammer einverstanden erklärt.
§ 9a gelangt mit dem Amendement Jedlit zur Annahme.

§ 11 vom Steuerdomicil der Beamten lautet:
„Der Schlussatz des § 8 des Gesetzes vom 11. Juli 1892 (Ges.-Samml. S. 184), sowie der auf diesen Schlussatz bezügliche Theil der Allerhöchsten Cabinets- ordre vom 14. Mai 1892 (Ges.-Samml. S. 145) und der § 8 der Verordnung vom 23. September 1867 (Ges.-Samml. S. 1648), desgleichen die steuer- politischen Folgen des Artikel 107 des Ode civil treten außer Kraft.“

Abg. Schmidt-Sagan beantragt die Streichung der gesperrten Worte und die Annahme des folgenden Satzes: „das steuerliche Domicil der Beamten findet bei Communalbesteuerung keine Anwendung.“
Der Antrag wird nach kurzer Discussion ange- nommen, desgleichen § 12 und der Rest des Gesetzes, die §§ 13 und 14.

Nächste Sitzung Dienstag: dritte Lesung der Anträge

Strammann-Belle und Bachem, dritte Beratung der Verstaatlichungsvorlage.

Paris, 5. Mai.

Der neue Pariser Municipal- rath dürfte sich nicht wesentlich von dem früheren unterscheiden; nur das autonomistische Element ist mehr accentuirt. In den großen Provinzial- städten dürften die gemäßigten Republikaner über die Intransigenten obgefiert haben. Uebrigens hatte der Wahlkampf im weitaus größten Theile des Landes einen lokalen Charakter. Die Zusammensetzung der neuen Municipalräthe scheint anzudeuten, daß dieselben sich mehr mit municipalen, als politischen Ange- legenheiten befassen und daß sie in politischer Hin- sicht im Allgemeinen republikanisch sein werden.

Rom, 5. Mai. (Kammer.) Der Minister Genala brachte die Conventionen betreffs der adriatischen, Mittelmeer- und sicilischen Bahn- netze ein, desgleichen ein königl. Decret, welches den Entwurf des früheren Ministers Vaccarini über den Betrieb und Ausbau der Bahnen zurück- zieht. Vaccarini bezieht sich vor, über die Zurück- ziehung zu interpelliren.

Cairo, 5. Mai. Oberst Wortley und die Majors Kitchener und Bunde von der ägyptischen Armee begeben sich demnächst nilaufwärts, um eine Reconnoissance vorzunehmen. Längs des Nilufers geben denselben mehrere Beduinen- stämme das Geleite, um die Verbindung zwischen Assuan und Dongola zu erhalten.

Schiffs-Liste.

Reisefahrer. 5. Mai. Wind: SW.

Angekommen: Alliance, Svendsen, Stavanger, Serringe.

Gesegelt: Pauline, Jörgensen, Helsingör, Erben. Nichts in Sicht.

Glasgow, 3. Mai.

Die Vorräthe von Koh- eisen in den Stores belaufen sich auf 592 600 Tons gegen 581 100 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hochofen 97 gegen 114 im vorigen Jahre.

Butter und Käse.

Berlin, 5. Mai. (Wochenbericht von Gebr. Leh- mann u. Co., Königsstraße Nr. 36.) Der Monat Mai führte sich in Bezug auf Umsätze ganz hübsch ein und ging es einigermaßen lebhaft an. Natürlich wurde auch keine Butter, des großen Vorraths wegen, recht billig verkauft. — Für Landbutter wurden von Abnehmern einige Mark mehr gefordert, doch ist für diese Waare wenig Interesse vorhanden, da die Billigkeit der feinen Waare sie theilweise entbehrlieh macht. — Wir notiren Alles zu 50 Hgr.: Für feine und feinste mecklen- burger, vorpommersche und holsteiner 113—116 M., Mittel- sorten 106—110 M., Sahnebutter von Domänen, Meiereien und Wollereigenossenschaften 100—103 M., feine 106 bis 112 M., vereinzelt 113—118 M., abweichende 90—95 M. — Landbutter: vom 90—93 M., Hofbutter 95—97 M., Regbrüder 90—92 M., oft u. weisse 85—88 M., Hofbutter 90—92 M., schneißige 87—90 M., feine 90—95 M., Elbinger 86—90 M., bairische 78—90 M., Thüringer butter 85—87 M., ostpreussische 100—105 M., Göttinger 95—97 M., heffische 95—98 M., galizische, ungarische mährische 75—77—80 M.

Berlin, 3. Mai.

(Originalbericht von Carl Wahl in Berlin.) Limburger und [?] Backenstücke sind der Unabbarkeit wegen sehr gedrückt, holländische und rheinische Stoppelwaare dagegen gefragt, prima Schweizerkäse hielt sich im Preise. Es wurde be- zahlt für prima Schweizerkäse, echte Waare, voll- ständig und schnittreife 85—95 M., secunda und mittlere 60—80 M., holländische, echte Waare, 75—80 M., rheini- scher, je nach Qualität, 63—75 M., neue Waare rheini- scher — M., Limburger in Stücken von 1½ Pfd. 30—35 M., [?] Schmelzkäse 12—16 M. per 50 Kilo franco Berlin.

Streuholz.

Hotel du Nord. v. Regina a. Wobbe, Majorats- herr Goldschmidt a. Breslau, Schumacher und Vetter a. Berlin, Schröder und Wüger a. Königsberg, Deime a. Jüterbog, Rausleute.
Englisches Haus. Schlebach a. Meisse, Fabrikant. Schulz a. Neustadt, Landwirth. Kleinac und Kiem a. Berlin, Radea a. Widenatz, Frederic a. Paris, Krieger a. Halberstadt, Rausleute.
Hotel de Thoren. Sönte a. Trampenau, Bornzien a. Juleiten, Böbke a. Capeln, Beutler a. Caisfeld, Gutschke a. Berlin, Ingenieur. C. Neumann a. Thoren, Rentier. E. Neumann a. Thoren, Rentier. Tischer a. Leipzig, Wiebach a. Halle, Höbel a. Berlin, Wagemann a. Magdeburg, Wodenstein a. Warburg, Wiesner a. Disab, Rausleute.
Hotel de Berlin. Gander a. Bielefeld, Planken- burg a. Bordenau, Wenzel a. Leipzig, Berger a. Chemnitz, Brase a. Köln, Steinmetz a. Hamburg, Meierheim a. Hannover, Reitsäger, Köpfer, Domini, Künzer, Säger, Cammelfon, Bendig a. Berlin, Rausleute.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Artikel: D. Ködner: für den lokalen und provin- zialen Theil, die Handels- und Schiffahrtsnachrichten; T. Klein: für den literarischen Theil; H. B. Hofmann: hienichtlich in Danzig.

Sirischberger Battist-Weinen u. reinleinenen Cread,

gewaschen und getrunken — geht bei der Wäsche nicht mehr ein — 86, 130, 160 und 180 Cm. breit, verlesen unter Garantie der größten Haltbarkeit in ganzen Weben u. meterweise zu d. billigen Fabriker. Muster bereitwillig.
Adolf Staeckel & Co., Sirischberg i. S.

Bei W. & S. Loewenthal, Berlin O. und in jeder Buchhandlung:

Kaufmann. Adressbuch von Berlin 1884.

Preis eleg. geb. 4 M. 50 Pf., postfr. Deutschl. 5 M.
Enthält die Berliner Fabrikanten, Kaufleute und Handlungen nach Branchen und Namen geordnet, Behörden, Corporationen, Vereine und Zeitschriften.

Unentbehrlich für Jedon, der mit Berlin in Verbindung oder solche sucht. (1554)

In allen Buchhandlungen vorrätig:

Heines Memoiren

jetzt complet erschienen. Preis 4 Mark.

Carne pura.

Leicht verdaulich, billige Fleischnahrungsmittel, in verschiedener Form, mit höchstem Nährwerthe. Jeder Küche als schmackhaft und praktisch, auch Kranken, Entkräfteten und Kindern besonders empfohlen.
Qualität durch amtliche Controlle garantirt.
General-Agentur für Ost- u. Westpreußen Herr. Gronau i. Danzig. Vertiklich in Danzig bei: Wagns Bradke, F. G. Amort, A. Fark, Carl Schnacke, F. G. Gossing, Ludwig Rühle, A. W. Stahl, Leo Brügel, Ad. Eid. Carl Voigt, Rud. Brügel, J. M. Kowanski, Albert Neumann.

nommen, desgleichen § 12 und der Rest des Gesetzes, die §§ 13 und 14.

Nächste Sitzung Dienstag: dritte Lesung der Anträge Strammann-Belle und Bachem, dritte Beratung der Verstaatlichungsvorlage.

Paris, 5. Mai. Der neue Pariser Municipal- rath dürfte sich nicht wesentlich von dem früheren unterscheiden; nur das autonomistische Element ist mehr accentuirt. In den großen Provinzial- städten dürften die gemäßigten Republikaner über die Intransigenten obgefiert haben. Uebrigens hatte der Wahlkampf im weitaus größten Theile des Landes einen lokalen Charakter. Die Zusammensetzung der neuen Municipalräthe scheint anzudeuten, daß dieselben sich mehr mit municipalen, als politischen Ange- legenheiten befassen und daß sie in politischer Hin- sicht im Allgemeinen republikanisch sein werden.

Rom, 5. Mai. (Kammer.) Der Minister Genala brachte die Conventionen betreffs der adriatischen, Mittelmeer- und sicilischen Bahn- netze ein, desgleichen ein königl. Decret, welches den Entwurf des früheren Ministers Vaccarini über den Betrieb und Ausbau der Bahnen zurück- zieht. Vaccarini bezieht sich vor, über die Zurück- ziehung zu interpelliren.

Cairo, 5. Mai. Oberst Wortley und die Majors Kitchener und Bunde von der ägyptischen Armee begeben sich demnächst nilaufwärts, um eine Reconnoissance vorzunehmen. Längs des Nilufers geben denselben mehrere Beduinen- stämme das Geleite, um die Verbindung zwischen Assuan und Dongola zu erhalten.

Schiffs-Liste.

Reisefahrer. 5. Mai. Wind: SW.

Angekommen: Alliance, Svendsen, Stavanger, Serringe.

Gesegelt: Pauline, Jörgensen, Helsingör, Erben. Nichts in Sicht.

Glasgow, 3. Mai.

Die Vorräthe von Koh- eisen in den Stores belaufen sich auf 592 600 Tons gegen 581 100 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hochofen 97 gegen 114 im vorigen Jahre.

Butter und Käse.

Berlin, 5. Mai. (Wochenbericht von Gebr. Leh- mann u. Co., Königsstraße Nr. 36.) Der Monat Mai führte sich in Bezug auf Umsätze ganz hübsch ein und ging es einigermaßen lebhaft an. Natürlich wurde auch keine Butter, des großen Vorraths wegen, recht billig verkauft. — Für Landbutter wurden von Abnehmern einige Mark mehr gefordert, doch ist für diese Waare wenig Interesse vorhanden, da die Billigkeit der feinen Waare sie theilweise entbehrlieh macht. — Wir notiren Alles zu 50 Hgr.: Für feine und feinste mecklen- burger, vorpommersche und holsteiner 113—116 M., Mittel- sorten 106—110 M., Sahnebutter von Domänen, Meiereien und Wollereigenossenschaften 100—103 M., feine 106 bis 112 M., vereinzelt 113—118 M., abweichende 90—95 M. — Landbutter: vom 90—93 M., Hofbutter 95—97 M., Regbrüder 90—92 M., oft u. weisse 85—88 M., Hofbutter 90—92 M., schneißige 87—90 M., feine 90—95 M., Elbinger 86—90 M., bairische 78—90 M., Thüringer butter 85—87 M., ostpreussische 100—105 M., Göttinger 95—97 M., heffische 95—98 M., galizische, ungarische mährische 75—77—80 M.

Berlin, 3. Mai.

(Originalbericht von Carl Wahl in Berlin.) Limburger und [?] Backenstücke sind der Unabbarkeit wegen sehr gedrückt, holländische und rheinische Stoppelwaare dagegen gefragt, prima Schweizerkäse hielt sich im Preise. Es wurde be- zahlt für prima Schweizerkäse, echte Waare, voll- ständig und schnittreife 85—95 M., secunda und mittlere 60—80 M., holländische, echte Waare, 75—80 M., rheini- scher, je nach Qualität, 63—75 M., neue Waare rheini- scher — M., Limburger in Stücken von 1½ Pfd. 30—35 M., [?] Schmelzkäse 12—16 M. per 50 Kilo franco Berlin.

Streuholz.

Hotel du Nord. v. Regina a. Wobbe, Majorats- herr Goldschmidt a. Breslau, Schumacher und Vetter a. Berlin, Schröder und Wüger a. Königsberg, Deime a. Jüterbog, Rausleute.
Englisches Haus. Schlebach a. Meisse, Fabrikant. Schulz a. Neustadt, Landwirth. Kleinac und Kiem a. Berlin, Radea a. Widenatz, Frederic a. Paris, Krieger a. Halberstadt, Rausleute.
Hotel de Thoren. Sönte a. Trampenau, Bornzien a. Juleiten, Böbke a. Capeln, Beutler a. Caisfeld, Gutschke a. Berlin, Ingenieur. C. Neumann a. Thoren, Rentier. E. Neumann a. Thoren, Rentier. Tischer a. Leipzig, Wiebach a. Halle, Höbel a. Berlin, Wagemann a. Magdeburg, Wodenstein a. Warburg, Wiesner a. Disab, Rausleute.
Hotel de Berlin. Gander a. Bielefeld, Planken- burg a. Bordenau, Wenzel a. Leipzig, Berger a. Chemnitz, Brase a. Köln, Steinmetz a. Hamburg, Meierheim a. Hannover, Reitsäger, Köpfer, Domini, Künzer, Säger, Cammelfon, Bendig a. Berlin, Rausleute.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Artikel: D. Ködner: für den lokalen und provin- zialen Theil, die

Druck u. Verlag von A. W. Kafemann